

Nordkorea: Reform sowjetischen Typs und Erosion der Staatswirtschaft

PETER GEY*

Im Unterschied zu den Ländern Mittel- und Osteuropas überlebte das politische Regime in Nordkorea den epochalen Zusammenbruch des Kommunismus. Die Schockwellen, die von Ereignissen wie der Maueröffnung in Deutschland, der »samtenen Revolution« in der ehemaligen Tschechoslowakei und dem Verbot der einst allmächtigen Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) ausgelöst worden waren, erreichten den Norden der koreanischen Halbinsel nicht. Hier ging der Sozialismus in die historische Verlängerung.

Nordkorea war spätestens Mitte der neunziger Jahre, als zwischen 600.000 und einer Million Menschen verhungerten,¹ am Ende. Ersatzinvestitionen, um Industrieanlagen und Maschinen, Infrastruktur und Fuhrpark zu erneuern, waren bereits vor dem Zusammenbruch der sozialistischen Handelspartner gering gewesen. Seit Nordkorea Ersatzteile von dort mit Devisen bezahlen musste, hielt nichts mehr die Verrottung des Kapitalstocks auf. Seither hat sich die Lage nach einer vorübergehenden Besserung, die allerdings vorrangig umfangreichen Hilfslieferungen aus dem Ausland geschuldet war, eher noch verschlechtert: Die Energie-

* Der Verfasser hat zwischen August 2001 und August 2003 in Südkorea zahlreiche Gespräche über die Entwicklung der Wirtschaft Nordkoreas sowie über Fragen der Teilung und Wiedervereinigung Deutschlands und Koreas geführt. Sein besonderer Dank für die ihm entgegengebrachte Bereitschaft und Geduld gilt Frau KIM Seok-Hyang und Frau KWON Young-Kyung, beide Ministry of Education, Institute of Political Education for Unification, Herrn CHO Dong-Ho, Korea Development Institute, Herrn YOON Deok-Ryong, Korea Institute for International Economic Policy, Herrn PARK Suhk-Sam, Bank of Korea, sowie Herrn SEO Byung-Chul und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Korea Institute for National Unification. Die Verantwortung für den Inhalt trägt allein der Verfasser.

I. Schätzungen bewegen sich zwischen 220.000 und 3,5 Millionen Hungertoten. M. Noland begründet, weshalb die im Text genannte Bandbreite wahrscheinlicher ist (vgl. ders., *Famine and Reform in North Korea*, Institute for International Economics, WP 03-5, Juli 2003, S. 11–13).

versorgung ist zusammengebrochen, die Industrieerzeugung steht weitgehend still,² eine neue Hungersnot zeichnet sich ab.³

Unter diesen Bedingungen versucht die nordkoreanische Führung, die Wirtschaft neu zu ordnen. Im Zuge einer Verfassungsänderung im Jahre 1998 führte sie Regeln ein, die bis dahin in Nordkorea unvorstellbar waren. Durch die neuen Bestimmungen sollten die Unternehmen veranlasst werden, ihr Verhalten grundlegend zu ändern. Statt mengenmäßige Planaufgaben ohne Rücksicht auf den dafür erforderlichen Aufwand zu erfüllen, sollten sie fortan Kosten berücksichtigen und Gewinne erzielen.

Es vergingen knapp vier Jahre, bis der nächste Schritt folgte. Im Juli 2002 hob die Regierung die Rationierung von Reis, Mais und anderen Grundnahrungsmitteln auf. Gleichzeitig erhöhte sie für diese und zahlreiche andere Erzeugnisse drastisch die Verbraucherpreise sowie in weitestgehendem Umfang auch die Löhne.

Ebenfalls im Juli 2002 verkündete die Regierung einige agrarpolitische Massnahmen: Das individuelle Hofland, das Staatsgutarbeiter und Mitglieder von Produktionsgenossenschaften privat bewirtschaften dürfen, wurde vergrößert, und in einigen Gegenden ging die Regierung sogar dazu über, Flächen aus dem Bestand der Produktionsgenossenschaften Familien zur individuellen Bewirtschaftung zuzuweisen.

Man muss mutmaßen, ob dies der Anfang eines umfassenden Reformvorhabens war oder nicht. Informationen aus Nordkorea sind spärlich, und möglicherweise wissen Kim Jong-Il und seine Berater selbst nicht, was sie als nächstes tun werden. Die bislang durchgeführten Massnahmen lassen jedoch darauf schließen, dass sich die nordkoreanische Führung ge-

-
2. H.G. Hilpert, Stiftung Wissenschaft und Politik, veranschlagt die Kapazitätsauslastung in der Industrieproduktion auf unter zehn Prozent (vgl. ders., Die wirtschaftliche und finanzielle Zukunft Nordkoreas. Ausgewählte Schlaglichter, Vortrag vom 3. Juli 2003, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, unveröffentlichtes Manuskript, S. 7).
 3. Nach dem Ende des »real existierenden« Sozialismus stritt man darüber, ob ein »schockartiger« oder ein »gradueller« Umstieg in die Marktwirtschaft günstiger sei, um die sogenannten Transformationskosten, die vor allem durch den Zusammenbruch maroder Unternehmen und den raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit hervorgerufen wurden, möglichst niedrig zu halten. Welche Kosten entstanden wären, wenn die »kritische Masse« der Transformationsschritte nicht ausgereicht hätte, um die kommunistischen Parteien dauerhaft von der Macht fernzuhalten, wurde dabei meist nicht bedacht. Niedergang und Verfall der nordkoreanischen Wirtschaft in den neunziger Jahren lassen ahnen, wie es gerade den ärmeren südosteuropäischen Ländern wie Albanien, Bulgarien und Rumänien oder den meisten Sowjetrepubliken in diesem Fall ergangen wäre.

gen eine Reform nach chinesischem Muster und für einen Reformtyp entschieden hat, mit dem die Staats- und Parteiführungen in den ehemals sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas seit den sechziger Jahren wiederholt versucht hatten, die Leistungsfähigkeit ihrer Planwirtschaften zu verbessern. Im Folgenden wird dargestellt, weshalb es keinem der kommunistischen Regime Mittel- und Osteuropas gelang, mit Reformen dieser Art den Niedergang der Wirtschaft aufzuhalten und dies aus systemimmanenten Gründen auch in Nordkorea nicht gelingen wird.

Wesentliche Ergebnisse der bisherigen Massnahmen sind eine Hyperinflation der staatlichen Verbraucherpreise und die landesweite Ausdehnung von Märkten für sämtliche Produktarten. Dies deutet darauf hin, dass sich Nordkoreas Staatswirtschaft im Zustand fortgeschrittener Auflösung befindet. Früher oder später werden die politisch Verantwortlichen feststellen, dass ihr Versuch, mit einer Reform sowjetischen Typs die Wirtschaft wieder auf einen Wachstumspfad zu führen, ein Irrweg war. Hätte die nordkoreanische Regierung dann noch die Wahl, den »chinesischen Weg« in Richtung auf eine »sozialistische Marktwirtschaft« einzuschlagen? Sollte diese Frage verneint werden, wären alle infrage kommenden Möglichkeiten einer Systemreform ausgereizt.⁴

Agrarreform, Kollektivierung, Kulturrevolution

Das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Sowjetunion, wie es sich während der Stalin-Ära herausgebildet hatte, stand überall im kommunistischen Teil Mittel- und Osteuropas sowie in China und Kuba Pate. In all diesen Ländern führte man eine Agrarreform durch, und nach einer kurzen »volksdemokratischen« Übergangsphase wurden die Industrie- und Handelsunternehmen verstaatlicht. Wenige Jahre später versuchte man, die bäuerlichen Betriebe in Produktionsgenossenschaften zu überführen, was in der Regel auch gelang. Markt- und Geldbeziehungen wurden beseitigt und durch ein zentral-administratives Planungs- und Lenkungssystem sowjetischen Typs ersetzt.

4. Die Wirtschaftssysteme sowjetischen Typs folgten Regeln und Zwangsläufigkeiten, die sich von denen der westlichen Volkswirtschaftslehre grundlegend unterscheiden. Daher lässt es sich nicht vermeiden, im Weiteren die Wirkungszusammenhänge innerhalb einer zentral-administrativen Planwirtschaft zu erläutern, um auf das voraussichtliche Ergebnis der verschiedenen Maßnahmen zu schließen.

Da die politischen Gegebenheiten, der Stand der Wirtschaftsentwicklung, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, Kultur und Tradition in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich waren, musste das sowjetische Vorbild vielfach zurechtgebogen werden. Manche Bestandteile ließen sich überhaupt nicht übernehmen. In Polen und Jugoslawien etwa scheiterte die Kollektivierung der Landwirtschaft am Widerstand der bäuerlichen Eigentümer, und in China und Kuba ersetzte man die Planwirtschaft zeitweise durch staatlich organisierte Kampagnen und Massenmobilisierungen.

In Nordkorea folgte man dem sowjetischen Vorbild in der Landwirtschaft besonders schnell und gründlich. Unmittelbar nach der Machtübernahme durch Kim Il-Sung wurde 1945/46 eine weitreichende Bodenreform durchgeführt. Alles Land, das sich die einstige japanische Besatzungsmacht angeeignet hatte, sowie Flächen über fünf Hektar wurden enteignet und an landlose und kleinbäuerliche Familien verteilt. In der Folge sank die durchschnittliche Betriebsgröße von 2,4 auf 1,4 Hektar. Bereits die Agrarreform führte zu schweren Produktionseinbrüchen und Versorgungsengpässen in den Städten. Die Regierung antwortete darauf mit dem Verbot, Nahrungsmittel privat zu vermarkten, und mit der Beschlagnahmung von Getreide. Fortan kennzeichneten außerökonomische Maßnahmen, Gewalt und Brutalität die Beziehungen der Staatsgewalt zu ihrer Landbevölkerung.

Nach dem Korea-Krieg 1950–53 verwies die kommunistische Führung auf die niedrige durchschnittliche Betriebsgröße, die sie durch die Agrarreform selbst herbeigeführt hatte, um die Bauernwirtschaften in »höhere Produktionsformen«, als solche wurden im marxistisch-leninistischen Jargon Staatsgüter und Produktionsgenossenschaften bezeichnet, umzuwandeln. Dies lief auf eine schrittweise Enteignung der kleinbäuerlichen Landbevölkerung hinaus.

Zwischen 1954 und 1958 überführte man die Bauernhaushalte in »Brigaden gegenseitiger Hilfe«, in »halbsozialistische Genossenschaften« und schließlich in »vollkommen sozialistische Genossenschaften«. Nach einer Beschleunigung im Jahre 1956 war die Kollektivierung im August 1958 abgeschlossen.⁵ Aber bereits wenige Wochen nach Abschluss der

5. Gegenüber allen anderen kommunistischen Führungen hatte diejenige Nordkoreas einen einzigartigen Standortvorteil, der es ihr erlaubte, die Kleinbauern rasch und dauerhaft in Genossenschaften zu zwingen. Im Norden war die Grenze zu den sozialistischen Bruderstaaten Sowjetunion und China, im Osten und Westen war das

Kollektivierung begann man damit, die Produktionsgenossenschaften in immer größere Einheiten zu überführen. Bewirtschafteten zunächst durchschnittlich 80 Haushalte einen Betrieb von 130 Hektar, so waren es nur zwei Monate später durchschnittlich 300 Haushalte mit einer Fläche von 500 Hektar.

Lehrbuchmäßig, wie ja auch überall die sowjetischen Lehrbücher gelehrt und befolgt wurden, führte die nordkoreanische Regierung auch das sowjetische zentral-administrative System der Planung und Lenkung ein. Dabei setzte eine staatliche Plankommission im Auftrag des Politbüros der Partei die Entwicklungsziele in Mehrjahres- und Jahrespläne um, indem sie den Staatsunternehmen und Produktionsgenossenschaften Plankennziffern in Naturalgrößen vorgab und die Durchführung überwachte. So sah das zumindest die Theorie vor. In der Praxis scheint Nordkorea mit dem sowjetischen Planungssystem jedoch nicht zurechtgekommen zu sein.⁶ Die in den mittelfristigen Plänen aufgestellten Ziele hatte man jeweils weit verfehlt, so dass zunächst der 1. Siebenjahrplan (1961–1967) um drei Jahre verlängert wurde, und man anschließend auch den Sechsjahrplan (1971–1976) um ein Jahr und den 2. Siebenjahrplan (1978–1984) um zwei Jahre strecken musste.

In Nordkorea folgte man dem sowjetischen Vorbild in der Landwirtschaft besonders schnell und gründlich.

Die Verlängerung der mittelfristigen volkswirtschaftlichen Gesamtpläne um ein, zwei oder gar drei Jahre bedeutete nicht nur, dass ehrgeizige, aber wirklichkeitsferne Ziele aufgestellt worden waren, die man nun in der zusätzlichen Zeit zu erreichen suchte. Da eine Nicht-Erfüllung der gesamtwirtschaftlichen Pläne sich niemals gleichmäßig über alle Wirtschaftsbereiche erstreckte, mussten auch enorme Fehlentwicklungen und Ungleichgewichte aufgetreten sein. Die 1959 verordnete Selbstgenüg-

offene Meer, und im Süden lag seit 1953 die für Flüchtlinge unüberwindbare »entmilitarisierte Zone«. Etwas Vergleichbares musste Walter Ulbricht in der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Bau der Mauer im August 1961 erst noch errichten lassen, bevor hier die Kollektivierung abgeschlossen werden konnte.

6. Zu den Funktionsproblemen zentral-administrativer Planungs- und Lenkungssysteme in Entwicklungsländern vgl. P. Gey, J. Kosta, W. Quaisser (Hg.), *Sozialismus und Industrialisierung. Die Wirtschaftssysteme Polens, Jugoslawiens, Chinas und Kubas im Vergleich*, Frankfurt/New York 1985.

samkeit in der Nahrungsmittelversorgung, derzufolge jede Provinz und sogar jede Gemeinde autark zu sein hatte, war das Eingeständnis, dass der Wirtschaftsapparat außerstande war, den Agrarsektor landesweit zu planen und mit plangerechten Vorleistungen zu versorgen.

Bereits seit 1958 wurden Massenmobilisierungen, die sowohl die Unternehmen in Industrie und Landwirtschaft als auch Bereiche außerhalb der Wirtschaft wie das Bildungs- und Gesundheitswesen erfassten, durchgeführt. Das Mobilisierungsregime gipfelte 1973 in einer Kampagne, in deren Verlauf die Partei ähnlich wie in China junge Kommunisten aufs Land schickte, um die Landbevölkerung »umzuerziehen«.⁷ Bäuerliches Wissen und Tatkraft sowie bewährte Anbaumethoden wurden dadurch zurückgedrängt. Ab 1976 ging die Führung noch einen Schritt weiter, indem sie die Felder schachbrettartig anlegen ließ, um jegliche Erinnerung an die Vergangenheit und die früheren Eigentumsverhältnisse auszulöschen.

Die nordkoreanische Kulturrevolution war zwar vor allem darauf gerichtet, die Kontrolle über die Landbevölkerung auszuweiten und der traditionellen Landwirtschaft den Garaus zu machen. Gleichzeitig schaltete sie aber auch die Institutionen und Regeln der Planwirtschaft aus und war somit ein Schlag gegen jene Partei- und Wirtschaftskader, die mit dem sowjetischen Planungssystem verbunden waren. In der Folge wird es daher zum Einen schwer sein, aus den Mitgliedern der Kollektivwirtschaften eines Tages wieder selbstwirtschaftende Landwirte zu machen. Zum Anderen fehlt das Wissen um die Funktionsweise eines Wirtschaftssystems sowjetischen Typs.

Der neue Kurs und die Erfahrungen Mittel- und Osteuropas

Dezentralisierung und Gewinnorientierung

In Mittel- und Osteuropa hatte man schon nach wenigen Jahren feststellen müssen, dass das zentralistische Planungs- und Lenkungssystem nicht imstande war, die Tätigkeit der Staatsunternehmen und Produktionsge-

7. Zwar gab es auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern Kampagnen und Mobilisierungen, zu denen u.a. freiwillige oder erzwungene unentgeltliche Produktions- und Ernteeinsätze gehörten. Doch dies geschah bei weitem nicht in einem Ausmaß wie in Nordkorea, weil man dadurch den normalen Produktionsablauf in den Betrieben unterbrochen und damit die Planerfüllung gefährdet hätte.

nossenschaften derart aufeinander abzustimmen, dass die gewünschten Ergebnisse erzielt wurden. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die mangelhafte Versorgungslage entlud sich bald in Streiks, Demonstrationen und Aufständen. Dies führte Mitte der fünfziger Jahre zu Überlegungen, wie die Leistungsfähigkeit der gesamtwirtschaftlichen Planung und Lenkung verbessert werden könnte, und ab Mitte der sechziger Jahre sahen sich die kommunistischen Regierungen gezwungen, das Ausgangsmodell umzugestalten.⁸

Der Grundgedanke der Wirtschaftsreformen war überall derselbe: Man wollte die Planung vereinfachen, indem man die Zahl der den Unternehmen verbindlich vorgegebenen Produktionsauflagen stark verringerte. Statt Kennziffern in naturalen Größen zu erfüllen, sollten die Unternehmen Kosten berücksichtigen und Gewinne erwirtschaften. Gleichzeitig versuchte man, mit sogenannten ökonomischen Hebeln wie Preisen und Zinsen, die allerdings weiterhin administrativ festgelegt wurden, das Wirtschaftsgeschehen »indirekt« zu lenken. Genau dies strebt gegenwärtig auch die nordkoreanische Führung an.⁹

Die bislang durchgeführten Maßnahmen lassen darauf schließen, dass sich die nordkoreanische Führung gegen eine Reform nach chinesischem Muster und für einen Reformtyp entschieden hat, mit dem die Staats- und Parteiführungen in den ehemals sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas seit den sechziger Jahren wiederholt versucht hatten, die Leistungsfähigkeit ihrer Planwirtschaften zu verbessern.

Die Aufforderung an die Unternehmen, Gewinne zu erwirtschaften, klingt vernünftig. Das dachten auch die Verfasser der Reformen vor vierzig Jahren, und das denkt auch die nordkoreanische Führung heute. Unter den Bedingungen eines sozialistischen Preissystems wirkt sie sich jedoch anders aus, als es auf den ersten Blick scheint.

8. Ausgerechnet die Deutsche Demokratische Republik unter dem als orthodox ausgewiesenen Walter Ulbricht eröffnete 1963 mit dem »Neuen Ökonomischen System der Planung und Lenkung« den Reigen der Dezentalisierungsversuche.

9. Dass sie dabei den Ausdruck »Reform« vermeidet, ist nicht ungewöhnlich. Auch in den sechziger und siebziger Jahren wurden die Dezentalisierungsversuche von den politisch Verantwortlichen in Mittel- und Osteuropa als »Weiterentwicklung« oder »Vervollkommnung« der sozialistischen Wirtschaft bezeichnet.

In Wirtschaftssystemen sowjetischen Typs unterschied man die Preise in Erzeugerpreise, die für die Staatsunternehmen galten, und Verbraucherpreise, zu denen die Waren in den Staatshandelsläden angeboten wurden. Die Erzeugerpreise wurden von einem staatlichen Preiskomitee anhand von Formeln, mit denen die Produktionskosten für das jeweilige Produkt berücksichtigt werden sollten, zentral festgelegt. Das war die Theorie. In der Praxis übernahm man die Preise, die vor oder in den ersten Jahren nach der Machtübernahme gegolten hatten, und fror diese ein. Je nach dem Entwicklungsstand des jeweiligen Landes handelte es sich um mehrere hunderttausend bis über eine Million Preise. Die entsprechenden Preislisten umfassten mehrere Tausend Blatt.

Im Laufe der Jahre verschwanden zahlreiche Produkte, und es kamen neue hinzu, die mit anderen Vorleistungen und Verfahren hergestellt wurden. Für diese musste man die Preise entweder auf irgendeine Weise berechnen oder solche Preise heranziehen, die man bei vergleichbaren heimischen oder international gehandelten Produkten fand. Aufgrund der titanischen Größenordnung war es technisch ausgeschlossen, alle Preise jeweils neu zu berechnen und irgendwie untereinander »stimmig« zu halten. Die seltenen »Preisreformen« beschränkten sich daher auf wenige ausgewählte Erzeugnisse, die als »strategisch« angesehen wurden. Dies waren insbesondere Kraftstoffe und Energie im Anschluss an die Ölpreisexplosion in den siebziger Jahren.

Solange der Erfolg der Unternehmen daran gemessen wurde, wie sie die Produktionsauflagen in Tonnen, Metern oder Litern erfüllten, war es unerheblich, ob die Erzeugerpreise aus der Vergangenheit, aus dem Ausland oder aus den Rechenmaschinen des Preiskomitees stammten. Sobald die Unternehmensleiter jedoch gehalten waren, auf Kosten zu achten und Gewinne zu erwirtschaften, richteten sie ihre Produktionsentscheidungen an den jeweiligen Preisen aus. Absetzbar war in der allgemeinen Mangelsituation fast alles. Hergestellt wurde aber vor allem, was Gewinn brachte. In der Folge verschwanden weniger gewinnträchtige Erzeugnisse aus den Regalen des staatlichen Groß- und Einzelhandels, obgleich der volkswirtschaftliche Gesamtplan ihre Produktion vorgesehen hatte. Um größere Fehlentwicklungen zu vermeiden, kehrte man früher oder später zu den Regeln des zentralistischen Ausgangsmodells zurück.

In ihrer dezentralisierten Spielart erzielten die Wirtschaftssysteme sowjetischen Typs letztlich noch schlechtere Ergebnisse, als dies im Rahmen des hochzentralisierten Ursprungsmodells der Fall gewesen war. In

der Folge wurde bereits nach wenigen Jahren wieder rezentralisiert. Damit war der wirtschaftliche Niedergang langfristig nicht aufzuhalten, aber der Selbsttätigkeit, die die dezentrale Variante kennzeichnete, hatte man den Boden entzogen. Da die Staatsunternehmen in Nordkorea kaum noch produzieren, wird man dort bis zu dieser Erfahrung allerdings nicht mehr vordringen.

Preiserhöhungen

Während der Versuch, die Staatswirtschaft nach Rentabilitätskriterien arbeiten zu lassen und ihre Erzeugung »indirekt« zu lenken, in Nordkorea ins Leere läuft, ist die im Juli 2002 erfolgte Abschaffung des Rationierungssystems bei gleichzeitigen Preiserhöhungen durchschlagend. Diese Maßnahmen führten zu einer offenen Hyperinflation, die der sozialistischen Preisillusion ein Ende bereitete. Dies hatten die Regierungen in den ehemals sozialistischen Ländern stets zu vermeiden versucht, weil sie fürchteten, die weitere Entwicklung geriete ihnen außer Kontrolle.

In einer sozialistischen Wirtschaft waren die Verbraucherpreise jeweils entweder höher oder niedriger als die Erzeugerpreise. Ausschlaggebend waren hierfür Vorzeichen und Höhe der Umsatzsteuer, die auf das betreffende Produkt erhoben wurde. Damit lagen die Verbraucherpreise voll im Ermessen der politischen Führung. Üblicherweise bestimmte sie die Höhe der Umsatzsteuer derart, dass die Preise für politisch als »sensibel« angesehene Erzeugnisse wie Grundnahrungsmittel, Medikamente, Strom, Wasser und Gas sowie Mieten durch Subventionen aus dem Staatshaushalt unter die Erzeugerpreise gedrückt wurden, während die Preise für langlebige Konsumgüter, Kraftfahrzeuge und andere »Luxusgüter« weit darüber lagen.

Da in der Regel weder die einen noch die anderen Produkte in ausreichender Menge vorhanden waren, um die Nachfrage zu befriedigen, prägten Käuferschlangen und Wartezeiten das sozialistische Verteilungssystem. Eine Rationierung der Güter wie in Kuba oder in Nordkorea erfolgte hingegen nicht. Indem die nordkoreanische Regierung im Sommer 2002 die Rationierung von Reis und anderen Grundnahrungsmitteln aufhob, stellte sie lediglich wieder sozialistische Verteilungsnormalität her. Die gleichzeitig vorgenommene Erhöhung der Verbraucherpreise war jedoch ein totaler Bruch mit der Tradition sozialistischer Preispolitik, derzufolge lebensnotwendige Güter und Dienstleistungen für alle Mitglieder der Gesellschaft erschwinglich zu sein hatten.

Tabelle 1:

**Staatliche Verbraucherpreise vor und nach der Preisreform vom 1. Juli 2002
(in nordkoreanischen Won)**

<i>Produkt</i>	<i>Einheit</i>	<i>Preis</i>		<i>Veränderungen in Prozent</i>
		<i>vorher</i>	<i>nachher</i>	
Reis	kg	0,08	44	54.900
Mais	kg	0,06	24	39.900
Bohnen	kg	0,08	40	49.900
Weizenmehl	kg	0,06	24	39.900
Schweinefleisch	kg	17	170	900
Hühnerfleisch	kg	18	180	900
Hering	kg	10	100	900
Bohnenpaste	kg	0,20	17	8.400
Soja-Soße	kg	0,20	16	7.900
Bier	Flasche	0,50	50	9.900
Herren-Turnschuhe	Paar	3,5	180	5.043
Fernschapparat		350	6.000	1.614
Penicillin	Ampulle	0,40	20	4.900
Strom	KWh	0,035	2.1	5.900
Diesel	Liter	40	2.800	6.900
Benzin	Liter	40	2.800	6.900
Busfahrkarte (Stadtverkehr)		0,10	2	1.900
U-Bahnfahrkarte		0,10	2	1.900
Winterunterhemd		25	2.000	7.900
Herrenanzug		90	6.750	7.400
Essengebühr Kinder- garten (Kleinkinder)	monatlich	50	300	500
Zigaretten	Schachtel	0,35	2	471
Brille		20	600	2.900

Quelle: NAM Sung-Wook/GONG Sung-Young, »Die Auswirkungen der Preis- und Lohnerhöhungen vom Jahre 2002 auf Produktion und Verbrauch«, unveröffentlichtes Manuskript, S. 25/26.¹⁰

Wie Tabelle 1 zu entnehmen ist, wurde der Verkaufspreis für ein Kilogramm Reis von 8 Chon (1 Chon ist ein Hundertstel eines nordkoreanischen Won) auf 44 Won erhöht, was einer Steigerung um das 550-fache bzw. um 54.900 Prozent entspricht. Astronomisch war auch die Steigerung der Preise für Mais, Bohnen und Weizenmehl, die zwischen 40.000 und 50.000 Prozent erhöht wurden. Die Preiserhöhungen für die übrigen in der Tabelle aufgeführten Erzeugnisse lagen zwischen 1.000 und 10.000 Prozent.

Eine derartige Explosion der Verbraucherpreise hatte es in der sozialistischen Wirtschaftsgeschichte noch nicht gegeben. Ihr Ausmaß gibt eine Vorstellung davon, wie weit sich die Preise in den Staatshandelsläden von den Preisen, die sich auf den Schwarzmärkten durch das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage bildeten, entfernt hatten, und wie riesig die Versuchung für die Staatsgüter und Produktionsgenossenschaften war, den von ihnen erzeugten Reis und andere Güter an den staatlichen Aufkaufstellen vorbei auf den Schwarzmärkten anzubieten.

Eine derartige Explosion der Verbraucherpreise hatte es in der sozialistischen Wirtschaftsgeschichte noch nicht gegeben.

Durch eine Verbesserung auch der Erzeugerpreise wollte die Regierung die landwirtschaftlichen Erzeuger dazu veranlassen, wieder verstärkt an die staatlichen Aufkaufstellen zu liefern. Sie erhöhte u.a. die Erzeugerpreise für ein Kilo Reis von 0,82 auf 40 Won und für ein Kilo Mais von 0,60 auf 20 Won. Da die Verbraucher in den Staatsläden mit 44 Won für Reis bzw. 24 Won für Mais (vgl. Tabelle 1) nun höhere Preise zahlen mussten, als den Erzeugern gewährt wurden, erwartete die Regierung,

10. Die Verfasser dieser Studie, NAM Sung-Wook (Korea University) und GONG Sung-Young (Institute of North Korean Studies), führten 2002/2003 ein von der staatlichen »Korea Research Foundation« gefördertes Forschungsvorhaben durch, um empirische Ergebnisse der Reformmaßnahmen in Nordkorea zu erhalten. Sie stützten sich dabei auf nordkoreanische interne Dokumente und auf Gespräche mit nordkoreanischen Funktionären, die sie im November 2002 in Pyongyang führten. Ende 2003 wird das Ergebnis im »The Korea Journal of Unification Affairs«, das halbjährlich vom »Institute for Peace Affairs« herausgegeben wird, veröffentlicht werden. P. Gey dankt Frau Jin Yang-Sook für ihre geduldige Übersetzung aus dem Koreanischen.

künftig nicht nur Subventionen zu sparen, sondern obendrein Gewinne aus der Vermarktung dieser Erzeugnisse zu erzielen.

Unter anderen als den verheerenden Bedingungen, wie sie seit Anfang der neunziger Jahren in Nordkorea herrschen, wäre eine deutliche Erhöhung der Erzeugerpreise ein wirkungsvoller Anreiz, um Staatsgüter und Produktionsgenossenschaften sowie Parzellenbesitzer zu veranlassen, die Produktionsmengen von Reis, Mais und anderen Produkten zu steigern. Die Möglichkeiten sind hier jedoch gering, weil die erforderlichen Vorleistungen wie Saatgut, Düngemittel oder Pestizide nicht oder nur wenig vorhanden sind.

Das Ergebnis wird sein, dass man in dem Maße, wie die Erzeugung hinter der Nachfrage zurückbleibt, die Preise in den Staatsläden entweder parallel zu den Preisen auf den Bauernmärkten weiter erhöht, oder man nimmt in Kauf, dass das staatliche Verteilungsnetz wieder austrocknet und die Bevölkerung auf die freien Märkte ausweichen muss. In beiden Fällen setzt sich eine »offene« Inflation zu Lasten insbesondere der städtischen Bevölkerung fort.

Lohnerhöhungen

Die nordkoreanische Führung machte der Bevölkerung unmissverständlich klar, dass die Fahrt zur Arbeit, das Essen im Kindergarten und selbst Penicillin aus ihrer Sicht fortan Waren sind wie ein Hering, eine Schachtel Zigaretten oder ein Herrenanzug. Das ist politisch nicht ungefährlich. Um Protesten gegen Verbraucherpreiserhöhungen vorzubeugen, hoben die Regierungen in Mittel- und Osteuropa in der Regel auch die Einkommen der staatlich Beschäftigten an. Nicht anders verhielt sich die Regierung in Pjöngjang, als sie im Juli 2002 gleichzeitig die Löhne, wenngleich in weitaus geringerem Maße (wie erwähnt, stieg der Verkaufspreis für Reis um das 550fache), erhöhte.

Tabelle 2 ist zu entnehmen, dass die Regierung betriebliche Angestellte und Ärzte, deren Einkommen sie um das 9- bzw. 12fache erhöhte, am geringsten bedachte, während die Einkommen der Offiziere um das bis zu 31fache gesteigert wurden. Die oberen Dienstgrade des Militärs verdienen auch absolut am meisten. Die Einkommen der Lehrer wurden ebenfalls stark erhöht, doch diese hatten zuvor eher zu den niedrigen Einkommensgruppen gezählt. Diejenigen, die eine personenbezogene Dienstleistung erbringen wie Friseur oder Kellner, stehen zusammen mit den betrieblichen Angestellten am unteren Ende der Einkommensskala.

Tabelle 2:
Einkommen vor und nach der Preisreform vom 1. Juli 2002
(in nordkoreanischen Won)

<i>Beruf</i>	<i>Einkommen</i>		<i>Veränderung in Prozent (gerundet)</i>
	<i>vorher</i>	<i>nachher</i>	
Höhere Parteifunktionäre	150–200	2.500–3.000	1.400–1.600
Mittlere Parteifunktionäre	120	2.400	1.900
Unternehmensleiter	250–300	3.500–4.000	1.200–1.300
Betriebliche Angestellte	140	1.200	750
Hochschullehrer	270	4.000	1.400
Lehrer	80	2.400	2.900
Kindergärtnerin	135	2.400	1.700
Arzt	120–250	2.500–3.000	1.100–2.000
Dienstleistungsberufe (Friseur, Kellner u.a.)	20–60	1.000–1.500	2.400–4.900
1-Stern-General	247	6.670	2.600
Oberst	219	5.830	2.600
Oberstleutnant	185	4.610	2.400
Major	163	4.130	2.400
Leutnant	95	2.970	3.000

Quelle: NAM Sung-Wook/GONG Sung-Young, a.a.O., S. 34.

Ausweitung privater Landwirtschaft

Parzellenwirtschaften und Bauernmärkte waren den kommunistischen Partei- und Staatsführungen überall ein Dorn im Auge, aber sie mussten sich mit ihrem Vorhandensein abfinden, um die Versorgung mit Nahrungsmitteln insbesondere in den Städten aufrecht zu erhalten. Josef Stalin selbst musste noch vor Abschluss der Zwangskollektivierung (1928–1934) Staatsgutarbeitern, Kolchosbauern und Stadtbewohnern

gestatten, Deputats-, Hofland- und Gartenparzellen zu bewirtschaften. Auch die nordkoreanische Führung hatte Parzellenwirtschaften und Bauernmärkte in der Vergangenheit nur geduldet. Nun scheint sie große Hoffnungen darauf zu setzen, durch deren Beitrag die Versorgung mit Nahrungsmitteln besser in den Griff zu bekommen.

Die Privatparzellen waren in allen sozialistischen Ländern flächenmäßig eher unbedeutend. Sie umfassten in der ehemaligen Sowjetunion durchschnittlich je nach Region 0,2 bis 0,4 Hektar und erreichten zusammen einen Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche von weniger als zwei Prozent. Da die Personen, die diese Parzellen bewirtschafteten, hier wesentlich motivierter arbeiteten als im Staats- oder Genossenschaftssektor und sich zudem meist auf arbeitsintensive Erzeugnisse (Gemüse, Obst, Kartoffeln, Fleisch, Eier etc.) konzentrierten, war ihr Anteil an der gesamten Erzeugung und Vermarktung größer als ihr Anteil an der Fläche. Zum Bruttoproduktionswert der Landwirtschaft trugen sie im Anfang der achtziger Jahre in der Sowjetunion ein Viertel bei.

Seit Sommer 2002 ist dieser privatwirtschaftliche Bereich als wichtiger Teil der ansonsten sozialisierten Wirtschaft Nordkoreas offiziell anerkannt. Die Regierung veranlasste darüber hinaus, dass in einigen Gegenden die individuell bewirtschafteten Flächen von 30 bis 50 Pyong (99 bis 165 qm) auf 400 Pyong (1.320 qm) erhöht wurden. Mit 0,13 Hektar lagen die Parzellen damit allerdings noch weit unter der Durchschnittsgröße der Privatparzellen in der ehemaligen Sowjetunion.

Damit blieb man in Nordkorea diesseits dessen, was auch die politischen Verantwortlichen in Mittel- und Osteuropa versuchten, um die Versorgung mit Nahrungsmitteln zu verbessern. Die Erfolge dürften sich aber in engen Grenzen halten. Zum Einen sind die Flächen zu klein, und zum Anderen mangelt es den Parzellenwirtschaften ebenso wie den Staatsgütern und Produktionsgenossenschaften an den notwendigen industriellen Vorleistungen (Düngemittel, Futterbeimischung, Pestizide etc.).

Erosion der Staatswirtschaft

In allen sozialistischen Ländern gab es außer der offiziellen Planwirtschaft eine umfangreiche Schattenwirtschaft, auch »Parallelwirtschaft«, »zweite Wirtschaft« oder »zweiter Kreislauf« genannt, die teils unabhängig arbeitete, teils mit den Staatsunternehmen zusammenwirkte. Hier wurden Erzeugnisse, die man von den Staatsunternehmen »abzweigte«

und gegen ansonsten nicht erhältliche Betriebs- und Arbeitsmittel eintauschte, gehandelt, und Handwerker und Ärzte boten ihre Dienstleistungen gegen Geld oder Naturalien an. Nahezu sämtliche Erzeugnisse, die ansonsten nicht erhältlich waren, fand man in der »zweiten Wirtschaft«.

Diese marktähnlichen Beziehungen trugen erheblich dazu bei, dass Produktion und Versorgung innerhalb der Planwirtschaft wenigstens einigermaßen funktionierten. In Nordkorea jedoch förderte der Verfall der Staatswirtschaft Ausdehnung und Vertiefung der Schattenwirtschaft über das aus der Geschichte der sozialistischen Länder hinaus bekannte Maß. In der Industrie führte hier der verschärfte Mangel an Ersatzteilen, Energie und Rohstoffen in den Staatsunternehmen nicht nur zu weitreichenden Produktionseinschränkungen, sondern auch zu einer Zunahme der außerplanmäßigen Tätigkeiten:¹¹

- ▶ Die mit zehntausend Beschäftigten größte Landmaschinenfabrik »Gumsung Traktor« etwa war wegen ausbleibender Zulieferungen durch andere Staatsunternehmen drei Jahre lang (1995–1997) außerstande, auch nur einen einzigen Traktor herzustellen. Seit dem Jahre 2000 stellte die Fabrik wieder einige Hundert Traktoren her, zu deren Erzeugung sie sich die erforderlichen Inputs selbst beschaffte.
- ▶ Andere Unternehmen, die ihre Produktion wegen Elektrizitätsmangel einstellen mussten, verliehen oder verkauften ihr Inventar und überließen die Rohstoffe Personen, die bereit waren, diese in Heimarbeit zu verarbeiten. Schuhe, Kleidung, Regenschirme und zahlreiche andere Verbrauchsgüter werden im Rahmen derartiger Kommissionsgeschäfte erzeugt.
- ▶ Auf Bauernmärkten werden längst nicht nur die Erzeugnisse aus den privaten Parzellenwirtschaften gehandelt, sondern auch Farbfernseher, Kühlschränke und tropische Früchte wie Bananen und Ananas angeboten. Diese Produkte stammen entweder aus der »zweiten Wirtschaft« oder sind Schmuggelware, die aus China beschafft wird.

Tabelle 3 zeigt die Entwicklung der Preise ausgewählter Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter auf den Bauernmärkten zwischen 1998 und 2001. Den Angaben, die auf Aussagen von Flüchtlingen aus Nordkorea und Erkenntnissen des südkoreanischen »National Intelligence Service« beru-

11. Die folgenden Beispiele sind der Studie von KWON Young-Kyung »Krise der nordkoreanischen Wirtschaft und Strategien zur wirtschaftlichen Wiederbelebung«, Seoul 2002 (unveröffentlichtes Manuskript), entnommen.

Tabelle 3:
Preise ausgewählter Erzeugnisse auf den Bauernmärkten 1998–2001
(in nordkoreanischen Won)

Produkt	Einheit	1998	1999	2000	2001	Veränderung in Prozent	
						01/98	01/00
Reis	kg	77,0	64,0	46,6	49,5	-35,7	6,1
Mais (unge- mahlen)	kg	39,6	32,6	27,2	31,8	-19,7	17,2
Weizenmehl	kg	61,0	44,5	43,1	42,4	-30,5	-1,6
Schweine- fleisch	kg	181,0	160,0	130,1	138,4	-23,5	6,4
Eier	Stück	16,0	13,0	11,8	10,0	-37,5	-14,9
Speisefisch	Stück	32,0	40,9	35,0	82,6	158,1	136,0
Chinakohl	Stück	9,0	20,0	24,6	14,1	56,7	-42,9
Seetang	kg	31,0	30,6	67,1	70,0	125,8	4,3
Apfel	Stück	23,0	33,1	22,9	31,6	37,4	37,7
Salz	kg	19,3	14,6	19,3	13,8	-28,5	-28,7
Sojaöl	kg	266,0	163,1	194,6	202,6	-20,5	4,1
Pepperoni- pulver	kg	273,8	239,4	273,8	240,6	-12,1	-12,1
Brot	Stück	19,0	15,0	11,7	17,1	-10,0	46,9
Schuhe	Paar	1489,0	900	1180	700	-53,0	-40,7
Seife	Stück	92,0	66,3	64,4	82,5	-10,3	28,2
Hemden	Stück	400,0	472,3	613,8	394,9	-1,3	-35,7

Quelle: Wiedervereinigungsministerium der Republik Korea
http://www.unikorea.go.kr/kr/northkorea/northkorea_analyse

hen, ist zu entnehmen, dass die Preise mit wenigen Ausnahmen, die möglicherweise saisonal bedingt waren, 2001 meist deutlich unter denen des Jahres 1998 lagen. Dies trifft insbesondere für die Grundnahrungsmittel Reis, Mais, Weizenmehl, Schweinefleisch und Eier zu. Auffallend ist auch, dass 2001 die Preise für Schuhe und Hemden gegenüber dem Vorjahr stark gesunken waren.

Dass die Preise auf den freien Märkten meist deutlich fielen, kann verschiedene Ursachen haben. Möglich ist, dass das Angebot durch vermehrte inländische Produkte und Schmuggelware aus China gesteigert wurde. Denkbar ist aber auch, dass die Nachfrage zurückging, weil breite Teile der Bevölkerung nicht mehr über ausreichend Devisen oder andere Wertsachen verfügten, um auf den freien Märkten einkaufen zu können.

Die Zahl der Händler schätzt man auf etwa 700.000 bis 800.000 Personen oder drei bis vier Prozent der Gesamtbevölkerung. Darunter sind nicht mehr nur Bauern, Rentner und Hausfrauen zu finden, sondern vor allem auch solche Personen, die in Staatsunternehmen arbeiten und dort in den Besitz von Handelsware gelangen können. Da die Durchschnittseinkommen die Lebenshaltungskosten bei weitem nicht decken, werden voraussichtlich immer mehr Menschen versuchen, in der »zweiten Wirtschaft« ein Auskommen zu finden.

Wie wird sich die Staatsmacht gegenüber den unabhängigen Akteuren in der Produktion und auf den Märkten verhalten? Einerseits zählen die Mitglieder der Nomenklatura selbst zu den Kunden der Privatwirtschaft und dürften sich auch vielfach an Unternehmungen beteiligen. Andererseits sind die emporkommenden Händler und Geschäftsleute, Spekulanten und Schieber potenzielle Konkurrenten um den Einfluss in der Wirtschaft und damit letztlich auch um die politische Macht. Die Erfahrungen lassen vermuten, dass sich Phasen, in denen man das marktwirtschaftliche Treiben duldet, mit solchen abwechseln werden, in denen gegen »kapitalistische Elemente« vorgegangen wird.

Ausblick

Nordkorea ist in einer weitaus schwierigeren Lage, als es die Länder Mittel- und Osteuropa Ende der achtziger Jahre waren. Die Infrastruktur ist zusammengebrochen, die Produktionsanlagen sind verrottet, und das Ackerland ist ausgelaugt. Unter diesen Umständen versuchte Nordkoreas politische Führung, durch das Drehen an einigen Stellschrauben der Planwirtschaft die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern: statt Plankennziffern in naturalen Größen ohne Rücksicht auf den Faktoreinsatz zu erfüllen, sollen Staatsunternehmen und Produktionsgenossenschaften künftig Kosten berücksichtigen und Gewinne erwirtschaften. Es ist nicht mehr die Frage, ob dies unter den Bedingungen zentral festgelegter Preise, die weder Knappheiten noch Kosten widerspiegeln, funkti-

onieren kann oder nicht. Seit Anfang der sechziger Jahre hofften die politisch Verantwortlichen in Mittel- und Osteuropa, auf diese Weise den wirtschaftlichen Verfall aufzuhalten. Wie man weiß, vergebens.

Die nordkoreanische Wirtschaft wird ohne umfangreiche Direktinvestitionen und Kredite aus dem Ausland nicht imstande sein, das notwendige Wachstum zu erreichen, um die Grundversorgung der Bevölkerung zu sichern.

Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise zu erhöhen und die privat bewirtschafteten Parzellen in Staatsgütern und Produktionsgenossenschaften zu vergrößern, ist für sich genommen vernünftig. Die Parzellen sind jedoch bei weitem zu klein, um die Versorgung insbesondere der Stadtbevölkerung wesentlich zu verbessern, und ohne ausreichend industriell erzeugte Vorleistungen sind die Möglichkeiten für Produktionssteigerungen ohnehin gering. Einen Sprung über die aus allen ehemaligen sozialistischen Ländern bekannten Parzellenwirtschaften hinaus hätte die nordkoreanische Führung im Juli 2002 getan, wenn sich bewahrheiten sollte, dass man in Teilen einer Provinz versuchsweise dazu übergegangen ist, Flächen aus dem Bestand der Produktionsgenossenschaften einzelnen Familien zur individuellen Bewirtschaftung zu überlassen. Abgesehen davon, dass Nordkorea eigentlich keine Zeit mehr hat, sich noch mit Experimenten aufzuhalten: Hätte man damit schon den »chinesischen Weg« betreten?

Die Maßnahmen der chinesischen Reformen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erschöpften sich nicht darin, einige Flächen der Volkskommunen herauszurücken. Die Essenz war eine wahre Revolution: Die Regierung löste die Volkskommunen auf! Dabei verteilte man nicht nur ihre Flächen, sondern auch Vieh, Maschinen, Geräte und sonstiges Inventar an die Bauernhaushalte. Kim Jong-Il und seine Gefolgsleute dürften zögern, dem chinesischen Vorbild in dieser Hinsicht zu folgen. Produktionsgenossenschaften waren in China ebenso wie in Mittel- und Osteuropa ja nicht nur eine kollektive und in die staatliche Planung und Lenkung eingebundene Produktionsform. Sie waren auch ein wirksames Instrument, um die Landbevölkerung zu überwachen, zu indoktrinieren und zu mobilisieren.

Doch selbst wenn die nordkoreanische Führung über ihren Schatten springen und die Produktionsgenossenschaften auflösen wollte, bliebe

ihr die chinesische Option verschlossen, weil die Produktionsgrundlagen in der Landwirtschaft durch Bodenerosion und -versalzung weitgehend zerstört sind und die bäuerlichen Traditionen ähnlich wie in Russland vernichtet wurden. Während in China zu Beginn der Reformen rund 70 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt waren, wäre der Agrarsektor in Nordkorea mit einem Anteil von 30 Prozent der Beschäftigten außerdem zu gering, um die Gesamtwirtschaft hochzuziehen. Nur aufgrund der stark steigenden Nachfrage aus der Landwirtschaft konnten Handwerk und Kleinunternehmen in China ab Ende der siebziger Jahre rasch an Bedeutung gewinnen.

Als Wachstumsmotoren kommen in Nordkorea nur die Industrie und die Exportwirtschaft in Frage. Die eine ist hoffnungslos veraltet, die andere kaum vorhanden. Daher wird die nordkoreanische Wirtschaft ohne umfangreiche Direktinvestitionen und Kredite aus dem Ausland nicht imstande sein, das notwendige Wachstum zu erreichen, um die Grundversorgung der Bevölkerung zu sichern. Dabei geht es nicht nur darum, wie der Wiederaufbau finanziert werden könnte. Die alten Wirtschaftsstrukturen, insbesondere in der Schwerindustrie, deren Aufbau bis in die fünfziger Jahre zurückreicht, sind nicht wieder zu beleben. Bislang nicht vorhandene Wirtschaftszweige und Produktionsstätten auf dem technologischen Stand des 21. Jahrhunderts müssten überhaupt erst geschaffen werden. Es ist keine sozialistische Option bekannt, die diese Herausforderung bewältigen könnte.